



An den Grossen Rat

18.0445.01

GD/P180445

Basel, 25. April 2018

Regierungsratsbeschluss vom 24. April 2018

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel: Information über die Rechnung 2017

Gemäss § 11 Abs. 2 des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG; SG 331.100) vom 16. Februar 2011 nimmt der Regierungsrat Kenntnis vom Bericht der Revisionsstelle, genehmigt auf Antrag des Verwaltungsrates die Jahresrechnung und entscheidet auf Antrag des Verwaltungsrates über die Verwendung des Bilanzgewinns der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK). Der Regierungsrat bringt anschliessend die Jahresrechnung dem Grossen Rat zur Kenntnis (§ 11 Abs. 3 ÖSpG).

Der Regierungsrat hat die Jahresrechnung 2017 der UPK genehmigt und den Bericht der Revisionsstelle zur Kenntnis genommen. Der Bilanzgewinn der UPK wird im Betrag von rund 1.549 Mio. Franken den Gewinnreserven zugewiesen.

Sie erhalten zu Ihrer Kenntnisnahme den Finanzbericht 2017 der UPK.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann
Präsidentin

Marco Greiner
Vizestaatschreiber

Beilage

Finanzbericht UPK 2017 (inkl. Revisionsbericht)

$$\begin{aligned} & (840+2) \cdot 6 \\ & - 102 : 2 + \\ & 1 - 4985 = \\ & 17 \end{aligned}$$

Kennzahlen	4
Umfeldentwicklung	5
Geschäftsentwicklung	6
Ausblick	8
Corporate Governance	9
Rechtsgrundlagen	10
Kapitalstruktur	11
Organe der Universitären Psychiatrischen Kliniken	12
Risikomanagement	14
Informationspolitik	15
Aufsicht durch den Regierungsrat	16
Antrag auf Verwendung des Bilanzgewinnes	17
Bilanz	18
Erfolgsrechnung	19
Geldflussrechnung	20
Eigenkapitalnachweis	21
Anhang zur Jahresrechnung	22
Erläuterungen zur Bilanz	28
Erläuterungen zur Erfolgsrechnung	35
Transaktionen mit nahestehenden Personen und Organisationen	37
Zusatzinformationen	38
Revisionsbericht	40

Kennzahlen

	2017	2016	Veränderung
Stationäre Pflegetage	108'493	109'956	-1.3%
Anteil Basel-Stadt	69.4%	69.6%	-0.2%
Anteil Baselland	14.4%	13.6%	0.8%
Anteil restliche Schweiz	14.3%	14.4%	-0.1%
Anteil Ausland	1.9%	2.4%	-0.5%
Anteil Allgemeinversicherte	89.9%	89.7%	0.2%
Anteil Zusatzversicherte	10.1%	10.3%	-0.2%
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer (Tage)	32.4	34.0	-4.7%
Bettenbelegung*	96.2%	97.6%	-1.4%
Ambulante Taxpunkte in Mio. (TARMED)	11.65	11.35	2.6%
Anzahl Mitarbeitende Total UPK per 31.12.	1'163	1'193	-2.5%
Anzahl Vollzeitstellen Total UPK ø	862	855	0.8%
Anzahl Vollzeitstellen Drittmittel-Mitarbeitende ø	54	52	3.6%
Anzahl Schüler/Lernende per 31.12. **	83	78	6.4%
Anzahl Vollzeitstellen Schüler/Lernende ø**	73	55	32.1%
Nettoumsatz (in TCHF)	147'090	142'546	3.2%
Jahresgewinn (in TCHF)	1'549	651	137.7%
Bilanzsumme (in TCHF)	160'412	157'234	2.0%
Eigenkapital (in TCHF)	102'056	100'355	1.7%
Eigenfinanzierungsgrad	63.6%	63.8%	-0.2%
EBITDAR (in TCHF)	11'037	9'166	20.4%
EBITDAR-Marge in %	7.5%	6.4%	1.1%
EBIT (in TCHF)	1'466	683	114.9%
EBIT-Marge in %	1.0%	0.5%	0.5%

* Die Anzahl Betten wurde gegenüber 2016 um 0.4% erhöht.

** Nicht im Total UPK enthalten.

Umfeldentwicklung

Nebst dem finanziellen Umfeld und dem Druck, die stetig steigenden Kosten im Gesundheitswesen zu senken, mit welchem sich alle Spitäler auseinandersetzen müssen, sehen sich die UPK mit dem Projekt der gemeinsamen Gesundheitsversorgung der Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft konfrontiert.

Mit dem Ziel, eine optimale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung, eine Dämpfung des Kostenwachstums im Spitalbereich sowie eine langfristige Sicherung der Hochschulmedizin in der Region zu sichern, planen die beiden Kantone eine gemeinsame Gesundheitsversorgung für die beiden Kantonsbevölkerungen. Wenn auch die Gründung der Spitalgruppe zwischen Basel-Stadt und Basel-Landschaft in Form eines Staatsvertrages vorerst den somatischen Bereich betrifft, sind die UPK mit ihrem qualitativ hochstehenden Leistungsangebot regional und national ein wichtiger Teil und Ansprechpartnerin dieser gemeinsamen Gesundheitsversorgung. Dem Staatsvertrag zufolge umfasst die gemeinsame Gesundheitsversorgung nicht nur das stationäre und ambulante Angebot in den Bereichen Akut-somatik, Rehabilitation, sondern auch der Psychiatrie (inklusive Tageskliniken und Ambulatorien). Das Beispiel der durch die Universitären Psychiatrischen Kliniken und die Psychiatrie Baselland gemeinsam betriebenen psychosomatischen Station im Universitäts-Kinderspital beider Basel zeigt, wie gut eine Zusammenarbeit zwischen den beiden Kantonen funktionieren kann.

Das tarifliche Umfeld ist für die UPK, wie auch für die übrigen Universitätsspitäler, herausfordernd. Der Tarifeingriff beim ambulanten Bereich TARMED durch den Bundesrat betrifft auch die ambulanten Versorgungsleistungen bei der Behandlung und Betreuung von psychisch kranken Menschen, womit ausgerechnet die schwächsten Patientengruppen betroffen sind. Dies bedarf einiger Anstrengungen und Anpassungen im klinischen Alltag, um weiterhin eine hochqualitative Behandlung von Patientinnen und Patienten aufrechterhalten zu können. Intensive Vorbereitungsmaßnahmen, um am 1. Januar 2019 die Einführung der Tarifstruktur TARPSY, welche auch die Abgeltung der stationären psychiatrischen Leistungen der Kinder und Jugendlichen umfassen wird, einhalten zu können, sind am Laufen.

Geschäftsentwicklung

1. Finanzentwicklung

Die Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel (UPK) weisen ein positives Geschäftsergebnis von CHF 1,5 Mio. aus.

Der «Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen» wurde von CHF 119,3 Mio. (2016) auf CHF 119,7 Mio. (2017) oder um CHF 0,4 Mio. gesteigert. Die «anderen betrieblichen Erträge» fielen im Vergleich zum Vorjahr um CHF 4,1 Mio. ebenfalls höher aus. Dies hat vor allem damit zu tun, dass bei den Drittmitteln viele Forschungsgelder eingeworben werden konnten, zum anderen widerspiegeln sich aber auch die zusätzlichen Leistungen, welche gegenüber dem neuen Pflegeheim Marthastift erbracht werden konnten.

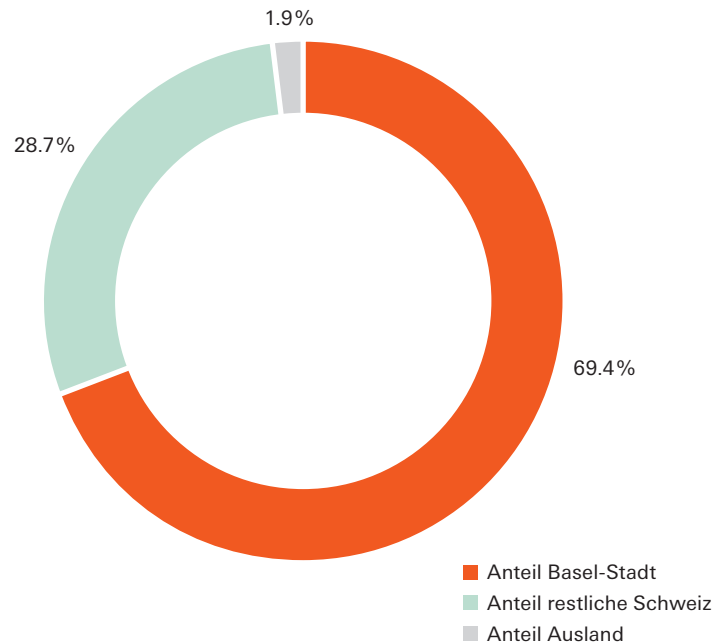
Der Betriebsaufwand betrug im Jahr 2017 CHF 145,5 Mio. oder wuchs um 1,6% gegenüber dem Geschäftsjahr 2016. Die Mehrkosten sind einerseits auf höhere Personalkosten, Wertberichtigungen auf dem Anlagevermögen und höhere andere betriebliche Aufwendungen zurückzuführen. Bei den anderen betrieblichen Aufwendungen vergrösserte sich einerseits der Aufwand für Lebensmittel, da die Verpflegungslieferung an das Marthastift erstmals für das ganze Jahr durchgeführt werden konnte, und andererseits der Aufwand für Unterhalt & Reparaturen aufgrund kleinerer Unterhaltsprojekte im Berichtsjahr. Die Werthaltigkeit bei Teilen von baulichen Gewerken war nicht mehr gegeben und erforderte zusätzliche Abschreibungen.

2. Leistungsentwicklung

Die hohe Auslastung im stationären Bereich betrug 96,2% (VJ: 97,6%). 2017 wurden 108'493 Pflegetage geleistet, gegenüber dem Vorjahreswert von 109'956 Pflegetagen.

Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil Pflegetage von Patientinnen und Patienten aus Basel-Stadt um 0,2% und derjenige von Patientinnen und Patienten aus dem Ausland um 0,5% gesunken, dagegen hat der Anteil Pflegetage ausserkantonaler Patientinnen und Patienten um 0,7% zugenommen.

Herkunft Pflegetage



Der Anteil Pflegetage zusatzversicherter Patientinnen und Patienten umfasst in diesem Jahr 10,1% und hat gegenüber dem Vorjahr um 0,2% abgenommen.

Im Berichtsjahr wurden 10'147 tagesklinische Leistungen erbracht, was gegenüber dem Vorjahr einer Abweichung von -694 Tagen entspricht.

Die ambulanten Taxpunkte (TARMED) konnten gegenüber dem Vorjahr von 11,35 Mio. auf 11,65 Mio. gesteigert werden.

3. Mitarbeitende

Per 31.12.2017 waren in den UPK insgesamt 1'246 (VJ: 1'271) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt. Dies entspricht 934 (VJ: 910) Vollzeitstellen. Von den 1'246 (VJ: 1'271) Mitarbeitenden sind 34,5 % (VJ: 35,1 %) vollzeitbeschäftigt, 65,5 % (VJ: 64,9 %) arbeiten in Teilzeitmodellen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies, dass die UPK insgesamt 25 Mitarbeitende weniger beschäftigten, die Vollzeitstellen aber um 24 Vollzeitstellen zugenommen haben.

Ein grosses Anliegen der UPK ist die Ausbildung von Nachwuchskräften im Pflege-, Medizinal- und kaufmännischen Bereich. Insgesamt absolvierten 2017 83 Mitarbeitende (VJ: 78; Lernende EFZ, Studierende HF und diverse Praktikantinnen und Praktikanten) ihre Ausbildung in den UPK. Dies entspricht einer Zunahme von 18 Vollzeitstellen auf 73 Stellen gegenüber dem Jahr 2016 von 55 Vollzeitstellen.

4. Investitionen

Die Investitionen betrugen im Berichtsjahr 2017 CHF 6,3 Mio. Davon wurden CHF 2,9 Mio. für den Abschluss des Grossprojekts «Umbau Küche und Ökonomiegebäude» verwendet, welches im März 2017 baulich beendet wurde.

CHF 2,4 Mio. wurden für die folgenden Projekte im Jahr 2017 benötigt:

Umzug Poliklinik der KJPK an die Kornhausgasse 7 und den Spalenberg 65

Die Poliklinik der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Klinik (KJPK) zog im Juli 2017 vom Schaffhauser Rheinweg 55 in die beiden Liegenschaften Kornhausgasse 7 und Spalenberg 65 um. Dazu wurden in beiden Gebäuden die Räumlichkeiten im 2. OG umgebaut und Behandlungszimmer für Gesprächstherapien, Spielzimmer für die Kinder, Bewegungszimmer für die Bewegungstherapie und Nebenräume geschaffen.

Neubau KJPK

Mit der Erstellung des Vor- und Bauprojektes Neubau KJPK im Jahr 2017 konnte der Baubeginn für Frühling 2018 eingeleitet werden, die Baueingabe erfolgte im Oktober 2017.

Die KJPK ist heute auf sieben Standorte innerhalb der Stadt Basel verteilt, was den Betrieb der Klinik erschwert. Die stationären und teilstationären Bereiche der KJPK werden im Neubau auf dem UPK-Campus zusammengeführt. Der Klinikneubau ermöglicht effizientere Prozesse innerhalb der KJPK und der UPK sowie eine Optimierung der Nutzungsflexibilität. Die Planung orientiert sich stark an der Nutzerfreundlichkeit, um für die Patientinnen und Patienten eine wohnliche Atmosphäre und ideale Behandlungsbedingungen zu schaffen.

Der Neubau wird auf dem Gelände des Gebäudes T am Rande des Campus entstehen, welches ab März 2018 rückgebaut wird. Gebäude V (Wohnheim Hirschpark) ist ebenfalls Teil des Projektes, dieses wird nach einem Umbau als Tagesklinik für die KJPK genutzt.

Klimatisierung der Lüftungsanlage Gebäude R

Die Klimatisierung der bestehenden Lüftungsanlage wurde zentral im Untergeschoss des Gebäudes R realisiert. Mit dieser Lösung können diejenigen Räume, die eine Lüftungsanlage besitzen, neu zusätzlich klimatisiert werden.

Tierhaus für Therapien

Auf dem UPK-Campus entstand im September 2017 neben dem bestehenden Tierhaus ein zusätzliches Gebäude für die tiergestützten Therapien. Dieses zweite Tierhaus wurde in Modulbauweise erstellt.

Das zusätzliche Gebäude wird eingesetzt für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die auf einen Rollstuhl/Rollator angewiesen sind, und für Menschen, die speziell in der Einzeltherapie gefördert oder auf die Kleingruppe der tiergestützten Aktivität vorbereitet werden.

Ausblick

Trotz steigender Kosten im Gesundheitswesen den Blick aufs Ganze nicht verlieren und den Patienten und Patientinnen eine auf ihren Bedarf zugeschnittene Behandlung effizient und in bester Qualität anbieten: Die UPK werden sich auch im Geschäftsjahr 2018 herausfordernden Aufgaben stellen müssen. Die Einführung der gesamtschweizerischen Tarifstruktur für die stationäre Psychiatrie (TARPSY) steht nach intensiven Vorbereitungshandlungen bevor.

Die stetige Umsetzung der erarbeiteten UPK-Strategie 2017–2020 wird weiterhin im Vordergrund stehen. Dabei werden die UPK als Teil der Gesundheitsversorgung der Region Nordwestschweiz ihren Auftrag, Leben zu retten, die Lebensqualität und die psychische Gesundheit zu verbessern, weiterhin fortsetzen. Netzwerke und Kooperationen, um eine optimale Behandlung von Patientinnen und Patienten im entsprechenden Fachbereich und bei komplexen Fragestellungen zu erreichen, sind dabei unabdingbar. In diesem Sinne sind die UPK mit dem Felix Platter-Spital erfolgreich eine Kooperation in der Alterspsychiatrie eingegangen.

Der Austausch mit den kantonalen Stellen Basel-Stadt in Form eines runden Tisches mit dem Ziel, die einwandfreie Versorgung unserer Patientinnen und Patienten, ihrer Klientinnen und Klienten zu gewährleisten, wird auch in diesem Jahr weitergeführt. Denn trotz allfällig vielfältiger Ansprüche und Wünsche an die UPK Basel ist die optimale Versorgung der Patientinnen und Patienten das gemeinsame Interesse aller Akteure im Gesundheitswesen.

Durch eine vorbildliche Führungshaltung und einen respektvollen Umgang miteinander sollen alle Mitarbeitenden zu Botschafterinnen und Botschaftern für den positiven Umgang mit psychischen Störungen werden. Ein neuer Intranet- und Webauftritt soll den Zugang zur Psychiatrie vereinfachen, Schwellen abbauen und Brücken schlagen zwischen Klinik, Patientinnen und Patienten und Gesellschaft.

Die Umsetzung eines weiteren Schwerpunktes, der Neubau KJPK, wird vorangetrieben. Im Frühjahr 2018 wird die Grundsteinlegung erfolgen.



Corporate Governance

Unter Corporate Governance verstehen die UPK Basel ein Regelwerk, das seine Grundlage im Obligationenrecht (OR), im Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) und in der UPK-Eignerstrategie des Kantons Basel-Stadt hat. Durch Corporate-Governance-Empfehlungen sollen die Ebene des Eigentümers (Kanton Basel-Stadt, vertreten durch den Regierungsrat), diejenige des Verwaltungsrates und schliesslich die Ebene der Geschäftsleitung in ihren Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten klar definiert und voneinander abgegrenzt werden. Dadurch soll einerseits sichergestellt werden, dass der Eigentümer genügend Informationen und Kontrolle über die Geschäftstätigkeit der UPK Basel hat, und andererseits soll gewährleistet werden, dass die UPK Basel die notwendige unternehmerische Gestaltungsfreiheit erhalten.

Rechtsgrundlagen

1. Rechtsform

Die UPK sind seit 1. Januar 2012 ein Gesundheitsunternehmen des Kantons Basel-Stadt in der Gesellschaftsform einer öffentlich-rechtlichen Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit. Ihr Sitz befindet sich in Basel. Die UPK sind im Handelsregister eingetragen.

Die Rechtsstellung, die Organisation und die Aufgaben der UPK richten sich nach dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt vom 16. Februar 2011 sowie dem Organisationsreglement vom 3. Februar 2012.

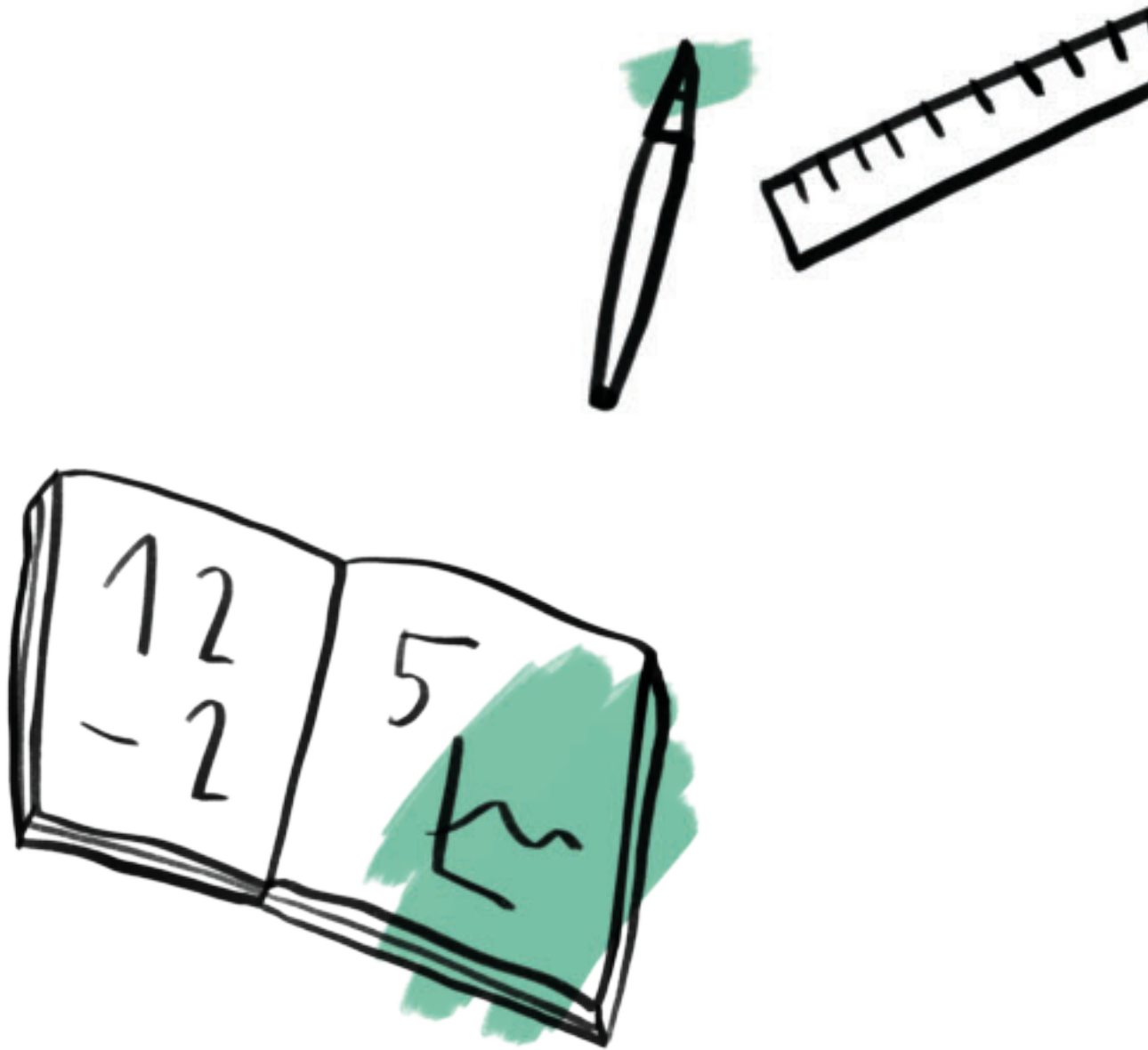
2. Haftung und Verantwortlichkeit

Für die Verbindlichkeiten der UPK Basel haftet ausschliesslich das Spitalvermögen. Die UPK Basel haben entsprechend der Art und dem Umfang der Risiken eine Haftpflichtversicherung abgeschlossen.

Der Verwaltungsrat der UPK Basel hat eine Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Organe abgeschlossen. Für die Mitglieder der Geschäftsleitung sowie die Revisionsstelle gelten sinngemäss die obligationenrechtlichen Bestimmungen über die aktienrechtliche Verantwortlichkeit.

Kapitalstruktur

Die Kapitalstruktur der UPK geht aus der Bilanz (Seite 18 des Finanzberichts) und den entsprechenden Erläuterungen hervor.



Organe der Universitären Psychiatrischen Kliniken

1. Verwaltungsrat

Der Verwaltungsrat der UPK besteht gemäss dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler aus fünf bis neun Mitgliedern, die durch den Regierungsrat gewählt werden. Der Regierungsrat berücksichtigt dabei Personen mit den für die Leitung eines Spitals erforderlichen Qualifikationen. Die CEO sowie der stellvertretende CEO nehmen ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Verwaltungsrates teil. Dr. Ralph Lewin trat per 31. März 2017 als Verwaltungsratsmitglied zurück. Neu wählte der Regierungsrat Dr. h. c. Esther Oberle und Fritz Jenny ab 1. April 2017 in den Verwaltungsrat der UPK.

Dem Verwaltungsrat obliegt die oberste Leitung der UPK, er ist verantwortlich für die Wahl der bzw. des CEO sowie für die Delegation der operativen Geschäftsführung. Zur Unterstützung des Verwaltungsrates und zur Geschäftsvorbereitung bestehen drei Ausschüsse (Ausschuss Finanzen und IT, Ausschuss Personelles und Ausschuss Lehre und Forschung). Die Aufgaben des Verwaltungsrates ergeben sich aus dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG, §7).

Die Amtsdauer der UPK-Verwaltungsrätinnen und -Verwaltungsräte beträgt vier Jahre. Die Wiederwahl ist möglich. Es besteht keine Amtszeitbeschränkung. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden durch den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt gewählt und dürfen nicht gleichzeitig dem Grossen Rat des Kantons Basel-Stadt angehören. Mit Ausnahme der ausserordentlichen Wahl von Dr. h. c. Esther Oberle und Fritz Jenny wurden die Mitglieder des Verwaltungsrates am 3. November 2015 für die Amtsperiode 2016–2019 wiedergewählt.

Mitglieder des Verwaltungsrates:

- › **Konrad Widmer**, Dr. med., MBA HSG (Präsident)
- › **Otto Wyss**, dipl. Wirtschaftsprüfer (Vizepräsident)
- › **François Ferrero**, Hon.-Prof. Dr. med.
- › **Fritz Jenny**, lic. iur.
- › **Esther Oberle**, Dr. h. c.
- › **Cornelia Oertle**, Prof. Dr. phil., MHA
- › **Katja Schott-Morgenroth**, lic. iur., Rechtsanwältin und Notarin

Die Entlohnung der Verwaltungsratsmitglieder wird vom Regierungsrat genehmigt. Sie setzt sich aus einem fixen und einem aufwandabhängigen Teil zusammen. Dazu kommen Spesen. Die Gesamthöhe der fixen und der aufwandabhängigen Entlohnung des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2017 beläuft sich auf TCHF 307 (inklusive Spesenpauschale, exklusive Sozialleistungen Arbeitgeber). Seit 2015 betreuen die Wenger Plattner Rechtsanwälte, Basel, bei der Frau Katja Schott-Morgenroth seit 1. April 2016 Partnerin ist, ein Rechtsanwaltsmandat. Das Mandat wird nicht von Frau Katja Schott-Morgenroth geführt. Der Auftrag hatte im Jahr 2017 einen Umfang von CHF 7'068. Es wurden keine weiteren Aufträge an VR-Mitglieder vergeben.

2. Geschäftsleitung

Die Geschäftsleitung ist das operative Führungsorgan der UPK Basel. Sie hat unter Vorbehalt der Kompetenzen des Verwaltungsrates sämtliche Kompetenzen zur Führung der UPK Basel. Die Kompetenzen und Aufgaben der Geschäftsleitung sind im Organisationsreglement festgelegt. Die CEO steht der Geschäftsleitung vor und ist gegenüber den übrigen Geschäftsleitungsmitgliedern weisungsberechtigt.

Mitglieder der Geschäftsleitung:

- › **Anne Lévy**, lic. sc. pol., MBA (CEO)
- › **Andreas Windel**, MHA (stv. CEO)
- › **Reto Gauch**, Dipl. Experte in Rechnungslegung und Controlling, MBA (CFO)
- › **Undine Lang**, Prof. Dr. med. (Klinikdirektorin EPK & PK)
- › **Alain Di Gallo**, Prof. Dr. med. (Klinikdirektor KJPK)
- › **Marc Graf**, Prof. Dr. med. (Klinikdirektor FPK)
- › **Regula Lüthi**, MPH (Direktorin Pflege, MTD, Soziale Arbeit)
- › **Manuela Pfister** (Leiterin Human Resources a.i. bis 16.2.17)

Die Entlohnung der Geschäftsleitungsmitglieder wird vom Verwaltungsrat genehmigt. Die Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten ein fixes Salär sowie einen vertraglich vereinbarten variablen Lohnbestandteil. Seit 2016 vereinnahmen die klinisch tätigen Ärztinnen und Ärzte der Geschäftsleitung keine Privathonorare mehr. Die Gesamthöhe der Entlohnungen an die Geschäftsleitung für das Geschäftsjahr 2017 beläuft sich auf TCHF 2'293 (exklusive Arbeitgeberanteil der Sozialleistungen).

3. Revisionsstelle

Die Revisionsstelle wird auf Antrag der UPK Basel vom Regierungsrat für eine Amtsdauer von einem Jahr gewählt. Die Wiederwahl ist möglich. Mit Regierungsratsbeschluss vom 11. April 2017 hat der Regierungsrat die KPMG AG, Viaduktstrasse 42, Postfach, 4002 Basel, als Revisionsstelle der UPK Basel für das Geschäftsjahr 2017 gewählt. Der aktuell leitende Revisor ist seit dem Geschäftsjahr 2012 Herr Stefan Inderbinen.

Die Revisionsstelle stellt für die Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags für das Berichtsjahr 2017 Honorare von insgesamt TCHF 52 in Rechnung (exkl. Spesen und MWST).

Risikomanagement

2013 führten die UPK ein integriertes Prozess- und Risikomanagementsystem ein. 2016 wurde das bestehende System weiterentwickelt, um ein agileres Risikomanagement zu ermöglichen. Einer ganzheitlichen, integrierten Methodologie folgend, erfolgt die Risikoidentifikation durch eine laufende Prüfung definierter Datenquellen aus allen Bereichen der Organisation.

Ein 2016 etabliertes interdisziplinäres Sicherheitsgremium führt auf dieser Grundlage eine Risikoanalyse und Risikobewertung durch und schlägt im Rahmen eines jährlichen Sicherheitsreports Massnahmen zur Risikobewältigung vor.

Der Verwaltungsrat nimmt jährlich eine Beurteilung und Prüfung der identifizierten Risiken sowie deren Bewältigung vor.



Informationspolitik

Die UPK kommunizieren offen und regelmässig mit dem Eigner, dem Kanton Basel-Stadt und den Interessengruppen. Die Kommunikation erfolgt zeitgerecht und transparent und soll allen Interessierten ein wahrheitsgetreues Bild über das Unternehmen, dessen Strategie und dessen Geschäftsentwicklung vermitteln.

Die UPK veröffentlichen einen ausführlichen Geschäftsbericht über ihre Geschäftstätigkeit und den gemäss Swiss GAAP FER erstellten und geprüften Finanzbericht für das Berichtsjahr.

Die Geschäftsleitung informiert den Verwaltungsrat regelmässig über die Entwicklung des Geschäftsganges, den Stand der Realisierung der wesentlichen Projekte sowie über die Umsetzung der Massnahmen der Strategie. Regelmässig werden Quartalsabschlüsse mit einer Prognose zum Abschluss per Jahresende erstellt. Weiter wird der Verwaltungsrat anlässlich jeder Sitzung durch die Vorsitzenden der Ausschüsse über die Geschäfte der Gremien sowie von der CEO durch ihren Bericht («Informationen der CEO») über die laufenden Geschäfte informiert.

Aufsicht durch den Regierungsrat

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt beaufsichtigt die UPK gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt sowie den «Public Corporate Governance»-Richtlinien vom 20. Oktober 2014.

Das Gesundheitsdepartement, durch die Stabsstelle Gesundheitsbeteiligungen und Finanzen, übernimmt als Fachdepartement gegenüber den UPK die Rolle der Eigentümerversammlung. Der Bereich Gesundheitsversorgung übernimmt im Rahmen seiner Rolle als Regulator und Gewährleister alle Aufgaben gemäss dem Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG).



Antrag auf Verwendung des Bilanzgewinnes

Der Verwaltungsrat beantragt dem Regierungsrat des Kantons
Basel-Stadt, den Bilanzgewinn den Gewinnreserven zuzuweisen.

Beträge in TCHF	2017	2016	Abweichung zum Vorjahr
Gewinnvortrag per 1.1. (vor Jahresgewinn)	–	–	–
Umgliederungen	–	–	–
Jahresgewinn	1'549	651	897
Bilanzgewinn per 31.12.	1'549	651	897
Zuweisung an die Gewinnreserven	–1'549	–651	–897
Ausschüttung an den Eigner	–	–	–
Gewinnvortrag per 31.12.	–	–	–

Bilanz

Beträge in CHF	Ziffer im Anhang	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Flüssige Mittel	1	28'814'795	16'699'902	72.5%
Wertschriften	2	14'345'554	12'830'058	11.8%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3	21'445'248	23'831'569	-10.0%
Sonstige kurzfristige Forderungen	4	821'779	7'367'481	-88.8%
Vorräte	5	138'634	202'172	-31.4%
Aktive Rechnungsabgrenzungen	6	5'916'220	5'941'751	-0.4%
Umlaufvermögen		71'482'230	66'872'933	6.9%
Finanzanlagen	7	512'808	350'788	46.2%
Sachanlagen	8	88'116'541	89'269'630	-1.3%
Immaterielle Anlagen	9	300'378	740'308	-59.4%
Anlagevermögen		88'929'727	90'360'726	-1.6%
Total Aktiven		160'411'957	157'233'659	2.0%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10	2'971'452	6'879'153	-56.8%
Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	11	3'344'704	520'509	542.6%
Passive Rechnungsabgrenzungen	12	1'824'142	1'501'909	21.5%
Kurzfristige Rückstellungen	14	8'752'108	7'518'806	16.4%
Zweckgebundene Fonds		15'634'067	14'640'312	6.8%
Kurzfristiges Fremdkapital		32'526'472	31'060'689	4.7%
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	13	25'000'000	25'000'000	0.0%
Langfristige Rückstellungen	14	829'702	817'681	1.5%
Langfristiges Fremdkapital		25'829'702	25'817'681	0.0%
Fremdkapital		58'356'174	56'878'370	2.6%
Dotationskapital		83'619'532	83'619'532	0.0%
Freie Fonds		3'667'685	3'515'942	4.3%
Gewinnreserven		13'219'815	12'568'374	5.2%
Jahresgewinn		1'548'751	651'441	137.7%
Eigenkapital		102'055'784	100'355'289	1.7%
Total Passiven		160'411'957	157'233'659	2.0%

Erfolgsrechnung

Beträge in CHF	Ziffer im Anhang	2017	2016	Veränderung
Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen	15	119'700'461	119'256'328	0.4%
Andere betriebliche Erträge	16	27'389'210	23'290'106	17.6%
Betriebsertrag		147'089'672	142'546'435	3.2%
Personalaufwand	17	-110'633'540	-110'177'271	0.4%
Materialaufwand	18	-5'226'421	-5'234'764	-0.2%
Abschreibungen auf Sachanlagen		-7'306'449	-6'457'435	13.1%
Abschreibungen auf immateriellen Anlagen		-540'410	-447'019	20.9%
Andere betriebliche Aufwendungen	19	-21'820'400	-20'890'931	4.4%
Betriebsaufwand		-145'527'220	-143'207'420	1.6%
Betriebliches Ergebnis		1'562'452	-660'985	-336.4%
Finanzertrag	20	1'907'034	1'536'142	24.1%
Finanzaufwand	20	-130'503	-1'194'005	-89.1%
Finanzergebnis		1'776'531	342'137	419.2%
Zuweisung an zweckgebundene Fonds		-6'521'201	-5'241'878	24.4%
Verwendung von zweckgebundenen Fonds		4'885'426	4'305'027	13.5%
Fondsergebnis zweckgebundene Fonds		-1'635'776	-936'852	74.6%
Ordentliches Ergebnis vor Veränderungen freie Fonds		1'703'207	-1'255'699	-235.6%
Zuweisung an freie Fonds		-549'623	-330'622	66.2%
Verwendung von freien Fonds		395'168	2'237'763	-82.3%
Fondsergebnis freie Fonds		-154'455	1'907'141	-108.1%
Ergebnis nach Veränderungen freie Fonds		1'548'751	651'441	137.7%

Geldflussrechnung

Beträge in CHF	2017	2016
Geldfluss aus Betriebstätigkeit (operativer Cashflow)		
Ergebnis nach Veränderung freie Fonds	1'548'751	651'441
Zunahme (-) / Abnahme (+) Wertschriften des Umlaufvermögens	-1'515'497	-239'288
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2'386'321	5'827'580
Zunahme (-) / Abnahme (+) von übrigen Forderungen und aktiven Rechnungsabgrenzungen	6'571'234	-6'837'204
Zunahme (-) / Abnahme (+) von Vorräten	63'538	12'738
Zunahme (-) / Abnahme (+) der Finanzanlagen	-162'020	-188'775
Abschreibungen auf Anlagevermögen	5'412'711	5'513'002
Verluste aus Wertbeeinträchtigungen	2'434'147	1'391'451
Zunahme (+) / Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	-3'907'701	2'692'905
Zunahme (+) / Abnahme (-) von übr. kurzfr. Verbindlichkeiten und passiven Rechnungsabgrenzungen	3'146'428	-24'908'008
Zunahme (+) / Abnahme (-) Rückstellungen	1'245'322	297'339
Zunahme (+) / Abnahme (-) zweckgebundene Fonds	993'755	1'374'311
Zunahme (+) / Abnahme (-) freie Fonds	151'743	-1'909'602
Geldzufluss/-abfluss aus Betriebstätigkeit (operativer Cashflow)	18'368'734	-16'322'109
Geldfluss aus Investitionstätigkeit		
Auszahlungen für Investitionen (Kauf) von Sachanlagen	-6'153'360	-12'105'817
Auszahlungen für Investitionen (Kauf) von immateriellen Anlagen	-100'480	-275'683
Geldzufluss/-abfluss aus Investitionstätigkeit	-6'253'840	-12'381'500
Geldfluss aus Finanzierungstätigkeit		
Aufnahme (+) / Rückzahlung (-) von kurzfristigen Finanzverbindlichkeiten	-	-
Aufnahme (+) / Rückzahlung (-) von langfristigen Finanzverbindlichkeiten	-	25'000'000
Geldzufluss/-abfluss aus Finanzierungstätigkeit	-	25'000'000
Total Geldfluss	12'114'894	-3'703'609
Flüssige Mittel per 1. Januar	-16'699'902	-20'403'511
Flüssige Mittel per 31. Dezember	28'814'795	16'699'902
Veränderung Flüssige Mittel	12'114'893	-3'703'609

Eigenkapitalnachweis

Beträge in CHF	Dotationskapital	Freie Fonds	Gewinnreserven	Jahresergebnis	Total
Eigenkapital per 31.12. 2015	83'619'532	5'425'544	9'365'087	3'203'287	101'613'450
Zuweisung an Reserven	–	–	3'203'287	–3'203'287	–
Zuweisung freie Fonds	–	330'622	–	–	330'622
Verwendung freie Fonds	–	–2'237'763	–	–	–2'237'763
Veränderung freie Fonds mit Sollsaldo	–	–2'462	–	–	–2'462
Jahresergebnis	–	–	–	651'441	651'441
Eigenkapital per 31.12. 2016	83'619'532	3'515'942	12'568'374	651'441	100'355'289
Zuweisung an Reserven	–	–	651'441	–651'441	–
Zuweisung freie Fonds	–	549'623	–	–	549'623
Verwendung freie Fonds	–	–395'168	–	–	–395'168
Veränderung freie Fonds mit Sollsaldo	–	–2'712	–	–	–2'712
Jahresergebnis	–	–	–	1'548'751	1'548'751
Eigenkapital per 31.12. 2017	83'619'532	3'667'685	13'219'815	1'548'751	102'055'784

Anhang zur Jahresrechnung 2017

Allgemeines

Die UPK Basel sind seit 1. Januar 2012 ein Unternehmen des Kantons Basel-Stadt in der Form einer selbstständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt nach schweizerischem Recht mit Sitz in Basel. Die Geschäftstätigkeit umfasst die psychiatrische Versorgung und Ausbildung sowie die universitäre Lehre und Forschung. Der Kanton Basel-Stadt ist alleiniger Eigner.

Die Jahresrechnung entspricht dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG) vom 16. Februar 2011.

Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung erfolgt in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Rechnungslegungsstandard Swiss GAAP FER. Es wird das gesamte Swiss GAAP FER Regelwerk eingehalten.

Die Jahresrechnung vermittelt ein dem tatsächlichen Verhältnis entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage (true and fair view).

Flüssige Mittel

Die Flüssigen Mittel umfassen Kassen-, Post- und Bankguthaben sowie kurzfristige Festgeldanlagen mit einer Restlaufzeit von weniger als 90 Tagen. Sie sind zum Nominalwert bewertet. Die Bilanzposition entspricht dem der Geldflussrechnung zugrundeliegenden Fonds «Flüssige Mittel».

Definition Nahestehende

Als nahestehende Person (natürliche oder juristische) wird betrachtet, wer direkt oder indirekt einen bedeutenden Einfluss auf die finanziellen oder operativen Entscheidungen der UPK Basel ausüben kann. Daher sind für die UPK Basel folgende Personen als Nahestehende zu betrachten:

- › Kanton Basel-Stadt als Eigentümer
- › Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung
- › Vorsorgeeinrichtungen der UPK Basel (PKBS)

Bewertungsgrundsätze

Die Bewertungsgrundsätze orientieren sich grundsätzlich an historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten. Es gilt der Grundsatz der Einzelbewertung von Aktiven und Verbindlichkeiten. Die Jahresrechnung wird nach den in Swiss GAAP FER aufgeführten Grundlagen Fortführung, wirtschaftliche Betrachtungsweise, zeitliche Abgrenzung, sachliche Abgrenzung, Vorstandsprinzip und Bruttonprinzip aufgestellt.

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Diese Position enthält kurzfristige Forderungen mit einer Restlaufzeit von bis zu einem Jahr aus der ordentlichen Klinik­­tätigkeit. Die Forderungen werden zu Nominalwerten eingesetzt. Die Delkrederewertung richtet sich nach betriebswirtschaftlichen Kriterien.

Einzelwertberichtigungen werden gebildet für Forderungen im Betreibungs- oder Inkassoverfahren, können aber auch bei Kenntnissen über wesentliche Bonitätsrisiken eines Schuldners gebildet werden. Die Wertberichtigung erfolgt immer zum ganzen Schuldbetrag.

Angaben über die Berechnung der pauschalen Wertberichtigung

Tage (überfällig)	Versicherungen		Private		Staatsstelle	Drittmittel
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
0–30	0%	0%	0%	0%	0%	0%
31–60	0%	0%	0%	0%	0%	0%
61–90	5%	10%	15%	20%	0%	0%
91–120	10%	15%	20%	25%	0%	0%
121–150	20%	25%	30%	35%	0%	0%
151–180	40%	50%	60%	70%	0%	0%
181–210	60%	70%	90%	100%	0%	0%
211–365	80%	90%	100%	100%	0%	0%
366–9'999	100%	100%	100%	100%	0%	0%

Wertschriften des Umlaufvermögens

Die im Umlaufvermögen ausgewiesenen Wertschriften sind Bestandteil des Fondsvermögens. Es handelt sich um leicht liquidierbare, börsengängige Wertschriften. Sie sind zu aktuellen Werten bewertet. Liegt kein aktueller Wert vor, so sind die Wertschriften höchstens zu Anschaffungskosten abzüglich allfälliger Wertbeeinträchtigungen bewertet.

Es werden zwei verschiedene Wertschriftendepots geführt. Das eine Depot wird als allgemeines Fondsvermögen betrachtet, Gewinne und Verluste werden einem Fondssammelkonto zugewiesen. Das andere Depot ist fest einem zweckgebundenen Fonds zugeordnet, sämtliche Gewinne und Verluste werden dem Fonds zugewiesen.

Sonstige kurzfristige Forderungen

Zu dieser Bilanzposition zählen alle übrigen kurzfristigen Forderungen, welche nicht in direktem Zusammenhang mit der ordentlichen Geschäftstätigkeit der UPK Basel stehen. Die sonstigen kurzfristigen Forderungen beinhalten u.a. Forderungen gegenüber der Eidgenössischen Steuerverwaltung, Hauptabteilung MWST, sowie Forderungen aus Fonds. Sie werden zu Nominalwerten eingesetzt.

Vorräte

Die Vorräte werden zu den Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips bilanziert. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten umfassen sämtliche – direkte oder indirekte – Aufwendungen, um die Vorräte an ihren derzeitigen Standort bzw. in ihren derzeitigen Zustand zu bringen (Vollkosten). Zur Ermittlung der Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten sind grundsätzlich die tatsächlichen Kosten massgebend. Skonti werden als Anschaffungspreisminderung erfasst. Die wertmässige Lagerbewirtschaftung erfolgt nach der FIFO-Methode. Bei der Bestimmung des Nettomarktwertes wird vom aktuellen Marktpreis auf dem Absatzmarkt ausgegangen.

Immaterielle Anlagen

Die Bilanzposition enthält ausschliesslich aktivierte Software zu Anschaffungs- resp. Herstellungskosten, wird höchstens aber zum realisierbaren Wert bewertet und linear über die geschätzte Nutzungsdauer abgeschrieben. Die Nutzungsdauer richtet sich grundsätzlich nach dem Branchenstandard (von H+ nach REKOLE).

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	FER
Software	4	Immaterielle Anlagen
Software-Upgrades	5	Immaterielle Anlagen
Übrige immaterielle Anlagen	In der Regel 4 Jahre	Immaterielle Anlagen

Aktive Rechnungsabgrenzungen

In den Aktiven Rechnungsabgrenzungen wird Aufwand, welcher bereits das neue Geschäftsjahr betrifft, aber noch im alten Jahr bezahlt wurde (Aufwandsvortrag), verbucht. Auch die Erträge, welche noch das alte Geschäftsjahr betreffen, aber erst im neuen Jahr eingehen werden (Ertragsnachtrag), werden transitorisch berücksichtigt. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Finanzanlagen

In den Finanzanlagen sind die Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven erfasst. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten.

Sachanlagen

Die Bewertung der Sachanlagen erfolgt zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich der betriebswirtschaftlich notwendigen Abschreibungen. Eigenleistungen werden nur aktiviert, wenn sie klar identifizierbar und die Kosten zuverlässig bestimmbar sind sowie der Klinik über mehrere Jahre einen messbaren Nutzen bringen. Sämtliche Sachanlagen werden zur Erbringung von Dienstleistungen genutzt. Es werden keine Anlagen zu Renditezwecken gehalten.

Die Abschreibungen werden linear über die wirtschaftliche Nutzungsdauer des Anlagegutes vorgenommen. Diese wurden gemäss dem Branchenstandard (von H+ nach REKOLE) wie folgt festgelegt:

Anlageklasse	Nutzungsdauer in Jahren	FER
Immobilien		
Spitalgebäude und andere Gebäude	33⅓	Bauten
Bauprovisorien	Normative Nutzungsdauer	Sachanlagen im Bau
Installationen		
Allgemeine Betriebsinstallationen	20	Anlagen und Einrichtungen
Anlagespezifische Installationen	20	Anlagen und Einrichtungen
Mobile Sachanlagen		
Mobiliar und Einrichtungen	10	Übrige Sachanlagen
Büromaschinen und Kommunikationssysteme	5	Übrige Sachanlagen
Fahrzeuge	5	Übrige Sachanlagen
Werkzeuge und Geräte	5	Übrige Sachanlagen
Medizintechnische Anlagen		
Apparate, Geräte, Instrumente	8	Übrige Sachanlagen
Software-Upgrades	3	Übrige Sachanlagen
Informatikanlagen		
Hardware	4	Übrige Sachanlagen

Wertbeeinträchtigungen (Impairment)

Die Werthaltigkeit der langfristigen Vermögenswerte wird an jedem Bilanzstichtag einer Beurteilung unterzogen. Liegen Hinweise einer nachhaltigen Wertverminderung vor, wird eine Berechnung des realisierbaren Werts durchgeführt (Impairment-Test). Übersteigt der Buchwert den realisierbaren Wert, wird durch ausserplanmässige Abschreibungen eine erfolgswirksame Anpassung vorgenommen.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Unter dieser Bilanzposition werden sämtliche Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, die aus einer Lieferung und/oder Leistung innerhalb der ordentlichen Geschäftstätigkeit der UPK Basel entstanden sind, ausgewiesen. Die Bilanzposition beinhaltet sowohl Verbindlichkeiten gegenüber Dritten als auch gegenüber Nahestehenden. Die Bewertung erfolgt zu Nominalwerten.

Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

Unter dieser Bilanzposition werden kurzfristige Verbindlichkeiten ausgewiesen, die nicht aus Lieferungen und Leistungen stammen und keine Finanzverbindlichkeiten darstellen.

Offene Verbindlichkeiten aus ermittelten, aber noch nicht ausbezahlten Honoraren aus der privatärztlichen Tätigkeit sind ebenfalls Bestandteil der sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten. Weiter fallen unter diese Bilanzposition die Prämien gegenüber Sozialversicherungen, welche in Rechnung gestellt und nicht bezahlt sind.

Die Bilanzposition beinhaltet sowohl kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Dritten als auch gegenüber Nahestehenden. Diese werden zum Nominalwert bewertet.

Passive Rechnungsabgrenzungen

In den Passiven Rechnungsabgrenzungen werden noch nicht erhaltene Aufwendungen oder im Voraus erhaltene Erträge verbucht. Die Bewertung erfolgt zum Nominalwert.

Langfristige Finanzverbindlichkeiten

Die Position enthält monetäre Schulden, die aus Finanzierungstätigkeiten der Klinik entstanden sind und eine Fälligkeit von mehr als 12 Monaten aufweisen. Sie sind in der Regel verzinslich.

Rückstellungen

Rückstellungen werden gebildet, wenn vor dem Bilanzstichtag ein Ereignis stattgefunden hat, aus dem eine wahrscheinliche Verpflichtung resultiert, deren Höhe und/oder Fälligkeit zwar ungewiss, aber schätzbar ist. Diese Verpflichtung kann auf rechtlichen oder faktischen Gründen basieren. Rückstellungen werden auf der Basis der wahrscheinlichen Mittelabflüsse bewertet und aufgrund der Neubeurteilung erhöht, beibehalten oder aufgelöst.

Die Rückstellungen sind nach deren Fälligkeit in kurz- und langfristig unterteilt. Rückstellungen mit einer Fälligkeit innerhalb von 12 Monaten sowie Anteile von langfristigen Rückstellungen mit einer Fälligkeit von weniger als 12 Monaten sind unter den kurzfristigen Rückstellungen ausgewiesen. Die langfristigen Rückstellungen beinhalten Fälligkeiten von über 12 Monaten.

Zweckgebundene Fonds

Unter den zweckgebundenen Fonds werden die Drittmittel-Fonds der UPK Basel ausgewiesen. Es handelt sich dabei um zweckgebundene Mittel, hauptsächlich für die Durchführung von Auftragsforschung. Die Veränderung dieser Fonds wird in der Erfolgsrechnung gesondert ausgewiesen.

Eigenkapital

Das Eigenkapital der UPK Basel setzt sich aus dem Gesellschaftskapital (Dotationskapital), den ab dem Zeitpunkt der Verselbstständigung (1. Januar 2012) erarbeiteten Gewinnreserven, den freien Fonds sowie dem Erfolg der Berichtsperiode zusammen.

Die Bewertung des Eigenkapitals ergibt sich aus der Differenz zwischen den bewerteten Aktiven und den bewerteten Verbindlichkeiten. Die statischen Elemente des Dotationskapitals und der Kapitalreserven sind zum Nominalwert bewertet. Die Wertanpassungen aufgrund der Bewertungen von Aktiven und Verbindlichkeiten erfolgen über das Periodenergebnis.

Steuern

Die UPK Basel sind als selbstständige öffentlich-rechtliche Anstalt von den Kapital- und Ertragssteuern befreit.

Ausserbilanzgeschäfte

Eventualverbindlichkeiten und weitere, nicht zu bilanzierende Verpflichtungen werden auf jeden Bilanzstichtag bewertet und offengelegt. Wenn Eventualverbindlichkeiten und weitere nicht zu bilanzierende Verpflichtungen zu einem Mittelabfluss ohne nutzbaren Mittelzufluss führen und dieser Mittelabfluss wahrscheinlich und abschätzbar ist, wird eine Rückstellung gebildet.

Personalvorsorge

Die UPK Basel sind der Pensionskasse Basel-Stadt, einer rechtlich selbstständigen Vorsorgeeinrichtung für Alter, Todesfall oder Invalidität, sowie der Vorsorgestiftung des Verbands Schweizerischer Assistenz- und Oberärztinnen und -ärzte (VSAO) angeschlossen. Die Beiträge werden laufend geleistet. Die Erfolgsrechnung enthält die in einer Periode geschuldeten Zahlungen sowie den laufenden Aufwand für die Erfüllung der übrigen Vorsorgepläne. Die Bewertung und der Ausweis erfolgen gemäss Swiss GAAP FER 16. Tatsächliche wirtschaftliche Auswirkungen von Vorsorgeplänen auf die Klinik werden auf den Bilanzstichtag berechnet. Die Aktivierung eines wirtschaftlichen Nutzens erfolgt dann, wenn dieser für den Vorsorgeaufwand der Klinik verwendet wird. Eine wirtschaftliche Verpflichtung wird passiviert, wenn die Voraussetzungen für die Bildung einer Rückstellung erfüllt sind. Gesondert bestehende frei verfügbare Arbeitgeberbeitragsreserven sind als Aktivum erfasst. Die Differenz zwischen den jährlich ermittelten wirtschaftlichen Nutzen und Verpflichtungen sowie die Veränderung der Arbeitgeberbeitragsreserve wird über die Erfolgsrechnung erfasst. Die zusammengefasste Rechnung der Personalvorsorgestiftung ist nach Swiss GAAP FER 26 bewertet. Das relevante Abschlussdatum der Vorsorgeeinrichtung darf nicht länger als 12 Monate zurückliegen.

Forschung und Entwicklung

Der Aufwand für Forschung und Entwicklung wird der Erfolgsrechnung belastet.

Erläuterungen zur Bilanz

1. Flüssige Mittel

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Kassen	136'257	125'251	8.8%
Postkontoguthaben	11'594'527	14'579'611	-20.5%
Kontokorrentguthaben Banken	17'084'011	1'995'041	756.3%
Total Flüssige Mittel	28'814'795	16'699'902	72.5%

2. Wertschriften

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Allgemeines Fondsvermögen	3'243'818	2'818'746	15.1%
Zugeordnetes Fondsvermögen	11'101'736	10'011'311	10.9%
Total Wertschriften	14'345'554	12'830'057	11.8%

3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	18'404'399	19'267'505	-4.5%
Nahestehende	7'180'327	8'253'031	-13.0%
Wertberichtigung	-4'139'479	-3'688'966	12.2%
Total Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21'445'248	23'831'569	-10.0%

4. Sonstige kurzfristige Forderungen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	560'539	282'805	98.2%
Zweckgebundene Fonds	261'240	903'261	-71.1%
Freie Fonds	0	2'712	-100.0%
Nahestehende	0	6'178'703	-100.0%
Total Sonstige kurzfristige Forderungen	821'779	7'367'481	-88.8%

Die Abnahme der sonstigen kurzfristigen Forderungen ist darauf zurückzuführen, dass per Ende Jahr der Saldo des Konto-korrens gegenüber dem Kanton ein Habensaldo aufweist und somit unter den sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten ausgewiesen ist.

5. Vorräte

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Supportmaterial	122'860	136'532	-10.0%
Lebensmittelvorrat	10'602	65'640	-83.8%
Mobiliarvorrat	5'172	0	100.0%
Total Vorräte	138'634	202'172	-31.4%

6. Aktive Rechnungsabgrenzungen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Erlösabgrenzung	2'627'063	2'068'551	27.0%
Beitrag Lehre und Forschung	2'226'130	2'091'335	6.4%
Übrige	1'063'027	1'781'864	-40.3%
Total Aktive Rechnungsabgrenzungen	5'916'220	5'941'751	-0.4%
davon nahestehend	978'793	1'685'667	-41.9%

7. Finanzanlagen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven	512'808	350'788	46.2 %
Total Finanzanlagen	512'808	350'788	46.2 %

Die ausgewiesenen Aktiven aus Arbeitgeberbeitragsreserven bestehen bei der Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS).

8. Sachanlagen

CHF	Bauten	Anlagen und Einrichtungen	Sachanlagen im Bau	Übrige Sachanlagen	Total Sachanlagen
Anschaffungskosten					
Stand per 31.12.2015	84'709'108	37'915'207	5'734'150	8'481'098	136'839'562
Zugänge	– 16'894	85'502	11'773'158	264'051	12'105'817
Abgänge	– 1'864'750	– 176'684	–	– 321'704	– 2'363'138
Umgliederungen	1'708'316	1'097'026	– 2'936'435	131'092	–
Stand per 31.12.2016	84'535'780	38'921'051	14'570'873	8'554'538	146'582'241
Zugänge	754'324	338'324	4'869'003	191'709	6'153'360
Abgänge	– 1'590'010	– 529'348	– 517'759	– 387'232	– 3'024'350
Umgliederungen	2'881'596	1'046'719	– 3'997'898	69'583	–
Stand per 31.12.2017	86'581'689	39'776'746	14'924'218	8'428'598	149'711'251
Kumulierte Wertberichtigungen					
Stand per 31.12.2015	– 33'146'259	– 15'756'629	–	– 4'315'427	– 53'218'314
Planmässige Abschreibungen	– 2'098'006	– 1'735'776	–	– 1'243'801	– 5'077'583
Abgänge	1'864'750	176'684	–	321'704	2'363'138
Wertbeeinträchtigungen	– 1'251'087	– 63'783	–	– 64'981	– 1'379'852
Stand per 31.12.2016	– 34'630'601	– 17'379'505	–	– 5'302'505	– 57'312'611
Planmässige Abschreibungen	– 2'145'944	– 1'810'312	–	– 1'108'694	– 5'064'949
Abgänge	1'590'010	529'348	517'759	387'232	3'024'350
Wertbeeinträchtigungen	– 1'153'827	– 355'953	– 517'759	– 213'960	– 2'241'499
Stand per 31.12.2017	– 36'340'361	– 19'016'422	–	– 6'237'927	– 61'594'710
Nettobuchwert per 31.12.2015	51'562'849	22'158'578	5'734'150	4'165'671	83'621'248
Nettobuchwert per 31.12.2016	49'905'178	21'541'546	14'570'873	3'252'033	89'269'630
Nettobuchwert per 31.12.2017	50'241'328	20'760'324	14'924'218	2'190'671	88'116'541

Die Werthaltigkeit der langfristigen Vermögenswerte wird jährlich anhand einer Anlageinventur überprüft. Mehrere Beratungsaufwendungen, Studien und Teile von baulichen Gewerke erwiesen sich nicht mehr als werthaltig und mussten vollständig abgeschrieben werden.

Brandversicherungswerte

CHF	31.12.17	31.12.16
Bauten	264'395'000	265'390'000
Anlagen und Einrichtungen sowie übrige Sachanlagen	27'874'751	27'874'751

9. Immaterielle Anlagen

CHF	Software	Total
Anschaffungskosten		
Stand per 31.12.2015	3'146'026	3'146'026
Zugänge	275'683	275'683
Abgänge	-396'423	-396'423
Stand per 31.12.2016	3'025'286	3'025'286
Zugänge	100'480	100'480
Abgänge	-586'248	-586'248
Stand per 31.12.2017	2'539'518	2'539'518
Kumulierte Wertberichtigungen		
Stand per 31.12.2015	-2'234'383	-2'234'383
Planmässige Abschreibungen	-435'419	-435'419
Abgänge	396'423	396'423
Wertbeeinträchtigung	-11'600	-11'600
Stand per 31.12.2016	-2'284'979	-2'284'979
Planmässige Abschreibungen	-347'762	-347'762
Abgänge	586'248	586'248
Wertbeeinträchtigung	-192'648	-192'648
Stand per 31.12.2017	-2'239'140	-2'239'140
Nettobuchwert per 31.12.2015	911'643	911'643
Nettobuchwert per 31.12.2016	740'308	740'308
Nettobuchwert per 31.12.2017	300'378	300'378

10. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	2'421'227	2'675'558	-9.5 %
Nahestehende	550'225	4'203'595	-86.9 %
Total Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2'971'452	6'879'153	-56.8 %

Bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber Nahestehenden war im Vorjahr eine grosse Rechnung gegenüber dem Hochbauamt BS im Betrag von CHF 4,1 Mio. ausstehend. Diese bezog sich auf die Küchensanierung.

11. Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	800'712	520'509	53.8 %
Nahestehende	2'543'992	0	100.0 %
Total Sonstige kurzfristige Verbindlichkeiten	3'344'704	520'509	542.6 %

Die sonstigen kurzfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Nahestehenden beziehen sich auf die Kontokorrentschuld gegenüber dem Kanton. Im Vorjahr wurde die Position aufgrund eines Guthabens bei den sonstigen kurzfristigen Forderungen ausgewiesen.

12. Passive Rechnungsabgrenzungen

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	1'444'577	1'165'894	23.9 %
Nahestehende	379'565	336'015	13.0 %
Total Passive Rechnungsabgrenzungen	1'824'142	1'501'909	21.5 %

13. Langfristige Finanzverbindlichkeiten

CHF	31.12.17	31.12.16	Veränderung
Dritte	0	0	0.0 %
Nahestehende	25'000'000	25'000'000	0.0 %
Total Langfristige Finanzverbindlichkeiten	25'000'000	25'000'000	0.0 %

Die langfristigen Finanzverbindlichkeiten sind aufgrund der Aufnahme eines Darlehens beim Kanton Basel-Stadt entstanden. Der Zinssatz des Darlehens beträgt inklusive Bearbeitungsgebühr -0,13%. Die Laufzeit begann am 5.9.2016 und endet mit der Rückzahlung am 4.9.2026.

14. Rückstellungen

CHF	Vorsorge- rückstellungen	Ferien/ÜZ/DAG	Restrukturierungs- rückstellungen	Sonstige Rückstellungen	Total
Buchwert per 31.12. 2015	–	4'402'167	1'121'129	2'515'852	8'039'148
Bildung	–	5'506'447	127'939	345'096	5'979'482
Verwendung	–	–4'402'167	–275'479	–350'305	–5'027'950
Auflösung (Erfolgsrechnung)	–	–	–345'650	–308'543	–654'193
Buchwert per 31.12. 2016	–	5'506'447	627'939	2'202'101	8'336'487
Bildung	–	5'804'497	880'000	552'186	7'236'683
Verwendung	–	–5'506'447	–134'987	–349'927	–5'991'361
Auflösung (Erfolgsrechnung)	–	–	–	–	–
Buchwert per 31.12. 2017	–	5'804'497	1'372'952	2'404'360	9'581'809
davon kurzfristig per 31.12. 2015	–	3'609'322	1'121'129	2'515'852	7'246'303
davon kurzfristig per 31.12. 2016	–	4'688'766	627'939	2'202'101	7'518'806
davon kurzfristig per 31.12. 2017	–	4'974'796	1'372'952	2'404'360	8'752'108

Die Ansprüche der Mitarbeitenden aus noch nicht bezogenen Ferien, Überzeiten und Gleitzeiten sind in den kurzfristigen Rückstellungen ausgewiesen. Die anteilig erworbenen Dienstaltersgeschenke, die in den 12 Monaten nach Bilanzstichtag fällig werden, wurden ebenfalls in den Rückstellungen berücksichtigt.

Die anteilig erworbenen Dienstaltersgeschenke mit einer späteren Fälligkeit, d.h. mehr als 12 Monate nach Bilanzstichtag, werden unter den langfristigen Rückstellungen ausgewiesen.

Die per 31. Dezember 2017 bilanzierten Restrukturierungsrückstellungen betreffen Kosten im Zusammenhang mit den noch nicht abgeschlossenen Restrukturierungsprogrammen.

Bei dem in den sonstigen Rückstellungen ausgewiesenen Betrag handelt es sich um eine Rückstellung im Zusammenhang mit EU-Forschungsprojekten (CHF 1,6 Mio.), die zurückbezahlt werden muss. Im Weiteren beinhaltet die Position eine Rückstellung (CHF 0,2 Mio.) für einen zweckbestimmten Fonds, bei welchem der Zahlungseingang fraglich ist. Zudem sind auch eine Rückstellung (CHF 0,3 Mio.) für vertragliche variable Lohnbestandteile an Mitarbeitende mit einem Einzelarbeitsvertrag und eine Rückstellung für mutmassliche MWST-Nachforderungen (CHF 0,2 Mio.) unter dieser Position ausgewiesen.

Vorsorgeverpflichtungen

Arbeitgeberbeitragsreserve (AGBR)	Nominalwert AGBR	Verwendungs- verzicht	Bilanz	Bilanz	Ergebnis AGBR im Personalaufwand
CHF	31.12.16	31.12.16	31.12.16	01.01.16	2016
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	350'788	–	350'788	162'013	188'775
Vorsorgestiftung VSAO	–	–	–	–	–
Buchwerte per 31.12. 2016	350'788	–	350'788	162'013	188'775

CHF	31.12.17	31.12.17	31.12.17	01.01.17	2017
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	512'808	–	512'808	350'788	162'020
Vorsorgestiftung VSAO	–	–	–	–	–
Buchwerte per 31.12. 2017	512'808	–	512'808	350'788	162'020

Wirtschaftlicher Nutzen / Verpflichtungen aus Vorsorgeeinrichtungen (PVE)	Über-/Unter- deckung	Wirtschaftlicher Anteil UPK	Veränderung erfolgswirksam	Ordentliche Beiträge PVE	Vorsorge- aufwand
CHF	31.12.16	31.12.16	01.01.16	2016	2016

Vorsorgepläne ohne Unterdeckung

Vorsorgestiftung VSAO	–	–	–	–	645'454	645'454
Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	7'986'784	–	–	–	11'939'282	11'939'282
Buchwerte per 31.12. 2016	7'986'784	–	–	–	12'584'737	12'584'737

CHF	31.12.17	31.12.17	01.01.17	2017	2017	2017
-----	----------	----------	----------	------	------	------

Vorsorgepläne ohne Unterdeckung

Vorsorgestiftung VSAO	–	–	–	–	639'119	639'119
-----------------------	---	---	---	---	---------	---------

Vorsorgepläne mit Unterdeckung

Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	–3'092'026	–	–	–	12'382'919	12'382'919
Buchwerte per 31.12. 2017	–3'092'026	–	–	–	13'022'038	13'022'038

Die Unterdeckung, welche per 31.12.2017 ausgewiesen wird, bezieht sich auf die letzten verfügbaren Abschlusszahlen der Einnahmen- und Ausgabenrechnung per 31.12.2016 des Vorsorgewerks. Ein aktuellerer Wert liegt nicht vor.

Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

15. Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen

CHF	2017	2016	Veränderung	Die Position Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen beinhaltet die Erträge aus medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Leistungen. Der Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen beinhaltet die anteiligen Behandlungskosten für stationäre Patientinnen und Patienten mit Wohnsitz im Kanton Basel-Stadt in Höhe von CHF 35'054'548 (2016: CHF 34'684'673), die in den Transaktionen mit Nahestehenden erwähnt sind. Vom Kantonsanteil sind CHF 28'748'371 (2016: CHF 28'738'403) für KVG und CHF 6'306'177 (2016: CHF 5'946'270) für den Massnahmenvollzug verbucht.
Bruttoerlös stationär	92'568'747	93'250'280	-0.7%	
Bruttoerlös ambulant	11'833'500	11'713'453	1.0%	
Bruttoerlös Übrige	15'804'828	15'614'161	1.2%	
Erlösminderungen	-506'613	-1'321'566	-61.7%	
Total Nettoerlöse aus Lieferungen und Leistungen	119'700'461	119'256'328	0.4%	

16. Andere betriebliche Erträge

CHF	2017	2016	Veränderung	In den Erträgen von Dritten ist der Beitrag der Universität für Lehre und Forschung in Höhe von CHF 8'362'825 (2016: CHF 8'290'821) berücksichtigt.
Erträge Dritte	17'417'466	13'968'529	24.7%	Die Erträge von Nahestehenden beinhalten gemeinwirtschaftliche Leistungen vom Gesundheitsdepartement im Umfang von CHF 5'475'600 (2016: CHF 5'430'800) und vom Departement Wirtschaft, Soziales und Umwelt von CHF 1'804'000 (2016: CHF 1'804'000) sowie Erträge vom Erziehungsdepartement in Höhe von CHF 991'000 (2016: CHF 937'000).
Erträge Nahestehende	9'971'744	9'321'577	7.0%	
Total Andere betriebliche Erträge	27'389'210	23'290'106	17.6%	

17. Personalaufwand

CHF	2017	2016	Veränderung	Der Personalaufwand beinhaltet Aufwand für Nahestehende in der Höhe von CHF 12'382'919 (2016: CHF 11'939'282) für die Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse Basel-Stadt. Hinzu kommen Aufwandsminderungen beim übrigen Personalaufwand aufgrund Weiterverrechnung an das Justizdepartement im Betrag von CHF 98'354 (2016: CHF 140'981).
Löhne	89'033'940	88'301'737	0.8%	Die Position Sozialleistungen enthält nebst den Beiträgen an die Pensionskasse Basel-Stadt auch die Beiträge an die Vorsorgeeinrichtung VSAO. Die Sozialabgaben in % der Löhne betragen 21,5% (2016: 21,5%).
Sozialleistungen	19'165'607	18'986'977	0.9%	
Arzthonoraraufwand	519'956	882'151	-41.1%	Die Position übriger Personalaufwand beinhaltet vor allem die Aus-, Weiter- und Fortbildung der Mitarbeitenden sowie Kosten für die Personalbeschaffung.
Übriger Personalaufwand	1'914'038	2'006'406	-4.6%	
Total Personalaufwand	110'633'540	110'177'271	0.4%	

18. Materialaufwand

CHF	2017	2016	Veränderung
Arzneimittel (inkl. Blut und Blutprodukten)	2'487'744	2'335'745	6.5 %
Medizinische, diagnostische und therapeutische Fremdleistungen	1'982'767	2'238'098	- 11.4 %
Übriger medizinischer Bedarf	755'910	660'921	14.4 %
Total Materialaufwand	5'226'421	5'234'764	- 0.2 %

Unter der Position Materialaufwand sind sämtliche Positionen des medizinischen Bedarfs wie Arzneimittel, Material, Instrumente, Utensilien, Textilien, Film- und Fotomaterial, Chemikalien, Reagenzien und Diagnostika, medizinische, diagnostische und therapeutische Fremdleistungen und übriger medizinischer Bedarf zusammengefasst.

19. Andere betriebliche Aufwendungen

Die anderen betrieblichen Aufwendungen umfassen die Kosten für Lebensmittel, Haushaltsaufwand, Unterhalt und Reparaturen, Aufwand für Anlagenutzung, Energieaufwand, Verwaltungs- und Informatikaufwand, übrigen Patientenaufwand und übrigen Aufwand.

20. Finanzergebnis

Der Finanzertrag umfasst die Zins- und Dividendenerträge sowie die realisierten und unrealisierten Kursgewinne aus den Wertschriften. Der Finanzaufwand enthält die Verzinsung des Kontokorrents mit dem Kanton Basel-Stadt (nahestehend) sowie die realisierten und unrealisierten Kursverluste aus Wertschriften.

Transaktionen mit nahestehenden Personen und Organisationen

Die in der Bilanz enthaltenen Guthaben und Verbindlichkeiten und die in der Erfolgsrechnung enthaltenen Transaktionen mit nahestehenden Personen und Organisationen stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit dem Kanton Basel-Stadt als Eigentümer.

Lieferungen und Leistungen aus Transaktionen mit nahestehenden Personen und Organisationen werden zu Dritt- resp. Marktpreisen abgewickelt.

Erfolgsrechnung in CHF	2017	2016
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen stationärer Versorgung	28'748'371	28'738'403
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen Massnahmenvollzug	6'306'177	5'946'270
Nettoerlös aus Lieferungen und Leistungen Übrige	7'582'663	7'537'123
Andere betriebliche Erträge	1'701'144	1'412'277
Gemeinwirtschaftliche Leistungen	8'270'600	8'171'800
Finanzertrag	43'243	–
Total Erträge aus Transaktionen mit Nahestehenden	52'652'199	51'805'873
Arbeitgeberbeiträge an die Pensionskasse Basel-Stadt (PKBS)	12'382'919	11'939'282
Lohnweiterverrechnungen	–98'354	–140'981
Total Personalaufwand aus Transaktionen mit Nahestehenden	12'284'565	11'798'301
Leistungsbezüge bei Dienststellen des Kantons Basel-Stadt	2'478'853	2'611'224
Zinsaufwand Kanton Basel-Stadt	18'416	108'315
Entschädigung an die Mitglieder des Verwaltungsrates	307'086	320'384
Sonstige Auslagen der Mitglieder des Verwaltungsrates	1'533	3'770
	2'805'888	3'043'693
Total Aufwand aus Transaktionen mit Nahestehenden	15'090'453	14'841'994
Total Aufwand- und Ertragsvolumen	37'561'746	36'963'879

Zusatzinformationen

Verpfändete Aktiven

Baurechtszinspfandrecht: gesetzliches Pfandrecht für die Sicherstellung von Baurechtszinsen CHF 200'626.

Eventualverbindlichkeiten und -forderungen

CHF	2017	2016	Veränderung
Unterdeckung PKBS	3'092'026	–	–
Total Eventualverbindlichkeiten	3'092'026	–	–

Auf Basis des Pensionskassengesetzes (PKG) und gemäss Regierungsratsbeschluss vom 29. September 2015 führt die Pensionskasse (PKBS) seit dem 1. Januar 2016 das Vorsorgewerk der Universitären Psychiatrischen Klinik im System der Teilkapitalisierung.

Auf das Vorsorgewerk gewährt der Kanton Basel-Stadt eine Staatsgarantie, d. h., er garantiert folgende Leistungen, soweit der jeweilige Deckungsgrad nicht unter 80 % liegt:

- a) Alters-, Risiko- und Austrittsleistungen;
- b) Austrittsleistungen eines in Teilliquidation austretenden Versicherungsbestands sowie
- c) versicherungstechnische Fehlbeträge, die als Folge einer Teilliquidation beim verbleibenden Versicherungsbestand entstehen.

Für denjenigen Teil der Leistung, für die der jeweilige Deckungsgrad unter 80 % liegt, besteht keine Staatsgarantie. Liegt der Deckungsgrad unter 80 %, muss zwingend eine Rückstellung gebildet werden. Bei einem Deckungsgrad zwischen 80 % und 100 % muss eine Eventualverbindlichkeit in der Höhe der Differenz zwischen dem bestehenden Deckungsgrad und 100 % ausgewiesen werden – mit entsprechendem Hinweis auf die Staatsgarantie.

Nicht zu bilanzierende Verpflichtungen

Nicht zu bilanzierende Verpflichtungen	Fällig in 1 Jahr	Fällig in 2–5 Jahren	Fällig über 5 Jahre	Total
Baurechtszins	200'626	802'504	8'025'044	9'028'175
Mietzinsen	1'220'770	2'072'669	2'823'880	6'117'320

Es besteht ein Baurechtsvertrag mit einer Laufzeit bis 31. Dezember 2061, es ist ein jährlicher Baurechtszins von CHF 200'626 geschuldet. Die Gesamtsumme des Baurechtszinses bis Ende Laufzeit wird sich auf CHF 9'028'175 belaufen.

Es bestehen diverse langfristige Mietverträge mit verschiedenen Laufzeiten, für die ein jährlicher Mietaufwand von CHF 1'220'770 geschuldet ist. Die Gesamtsumme der langfristigen Mietverpflichtungen beträgt bis Ende der jeweiligen Laufzeit CHF 6'117'320.

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Es haben sich keine Ereignisse nach dem Bilanzstichtag ergeben.

Die Jahresrechnung wurde am 12. März 2018 vom Verwaltungsrat zuhänden des Regierungsrats verabschiedet. Sie unterliegt der Genehmigung durch den Regierungsrat Basel-Stadt.



Revisorenbericht



KPMG AG
Wirtschaftsprüfung
Viaduktstrasse 42
CH-4002 Basel

Postfach 3456
CH-4002 Basel

Telefon +41 58 249 91 91
Telefax +41 58 249 91 23
Internet www.kpmg.ch

Bericht der Revisionsstelle an den Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt zur Jahresrechnung

Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, Basel

Bericht der Revisionsstelle zur Jahresrechnung

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung der Universitären Psychiatrischen Kliniken Basel, bestehend aus Bilanz, Erfolgsrechnung, Geldflussrechnung, Eigenkapitalnachweis und Anhang (Seiten 18 bis 39) für das am 31. Dezember 2017 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Verantwortung des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat ist für die Aufstellung der Jahresrechnung in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER und den gesetzlichen Vorschriften verantwortlich. Diese Verantwortung beinhaltet die Ausgestaltung, Implementierung und Aufrechterhaltung eines internen Kontrollsystems mit Bezug auf die Aufstellung einer Jahresrechnung, die frei von wesentlichen falschen Angaben als Folge von Verstössen oder Irrtümern ist. Darüber hinaus ist der Verwaltungsrat für die Auswahl und die Anwendung sachgemässer Rechnungslegungsmethoden sowie die Vornahme angemessener Schätzungen verantwortlich.

Verantwortung der Revisionsstelle

Unsere Verantwortung ist es, aufgrund unserer Prüfung ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung abzugeben. Wir haben unsere Prüfung in Übereinstimmung mit dem schweizerischen Gesetz und den Schweizer Prüfungsstandards vorgenommen. Nach diesen Standards haben wir die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass wir hinreichende Sicherheit gewinnen, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen falschen Angaben ist.

Eine Prüfung beinhaltet die Durchführung von Prüfungshandlungen zur Erlangung von Prüfungsnachweisen für die in der Jahresrechnung enthaltenen Wertansätze und sonstigen Angaben. Die Auswahl der Prüfungshandlungen liegt im pflichtgemässen Ermessen des Prüfers. Dies schliesst eine Beurteilung der Risiken wesentlicher falscher Angaben in der Jahresrechnung als Folge von Verstössen oder Irrtümern ein. Bei der Beurteilung dieser Risiken berücksichtigt der Prüfer das interne Kontrollsystem, soweit es für die Aufstellung der Jahresrechnung von Bedeutung ist, um die den Umständen entsprechenden Prüfungshandlungen festzulegen, nicht aber um ein Prüfungsurteil über die Wirksamkeit des internen Kontrollsystems abzugeben. Die Prüfung umfasst zudem die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsmethoden, der Plausibilität der vorgenommenen Schätzungen sowie eine Würdigung der Gesamtdarstellung der Jahresrechnung. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise eine ausreichende und angemessene Grundlage für unser Prüfungsurteil bilden.

Prüfungsurteil

Nach unserer Beurteilung vermittelt die Jahresrechnung für das am 31. Dezember 2017 abgeschlossene Geschäftsjahr ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in Übereinstimmung mit den Swiss GAAP FER und entspricht dem schweizerischen Gesetz.



*Universitäre Psychiatrische Kliniken Basel, Basel
Bericht der Revisionsstelle
zur Jahresrechnung
an den Regierungsrat des
Kantons Basel-Stadt*

Berichterstattung aufgrund weiterer gesetzlicher und anderer Vorschriften

Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen an die Zulassung gemäss Revisionsaufsichtsgesetz (RAG) und die Unabhängigkeit (Art. 728 OR) erfüllen und keine mit unserer Unabhängigkeit nicht vereinbaren Sachverhalte vorliegen.

In Übereinstimmung mit Art. 728a Abs. 1 Ziff. 3 OR und mit dem Schweizer Prüfungsstandard 890 bestätigen wir, dass ein gemäss den Vorgaben des Verwaltungsrates ausgestaltetes internes Kontrollsystem für die Aufstellung der Jahresrechnung existiert.

Ferner verweisen wir auf den Antrag zur Verwendung des Bilanzgewinnes zuhanden des Regierungsrats gemäss dem Gesetz über die öffentlichen Spitäler des Kantons Basel-Stadt (ÖSpG).

Wir empfehlen, die vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen.

KPMG AG

Stefan Inderbinen
*Zugelassener Revisionsexperte
Leitender Revisor*

Nicola Lorch

Basel, 12. März 2018

**Universitäre
Psychiatrische Kliniken
Basel**

Wilhelm Klein-Strasse 27
4002 Basel

Telefon +41 61 325 51 11
info@upkbs.ch
www.upkbs.ch



**Universität
Basel**

